



Antrag

der Fraktion der FDP

Anreize für mehr Arbeit setzen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag bedauert, dass die Landesregierung die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Schleswig-Holstein beschönigt, anstatt angesichts des ständigen Anstiegs der Zahl arbeitsloser Menschen, der Insolvenzen, des rückläufigen Bruttoinlandsproduktes sowie der enormen Beschäftigungsprobleme besonders in der Schiffbauindustrie, der Bauwirtschaft und der Landwirtschaft eine wirklichkeitsorientierte Bewertung vorzulegen.
2. Der Landtag stellt fest,
 - dass mit fast 139.000 arbeitslosen Menschen im Durchschnitt der ersten acht Monate des Jahres 2004 in Schleswig-Holstein leider die höchste Arbeitslosigkeit seit 1952 herrscht,
 - dass Schleswig-Holstein mit 115.000 Menschen, die im Jahr 2003 auf die staatliche Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen waren, leider die höchste Sozialhilfequote aller westdeutschen Flächenländer aufwies,
 - dass mit über 1.400 Firmenzusammenbrüchen im Jahre 2003 leider die bisher größte Pleitewelle durch Schleswig-Holstein gerollt ist.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, nicht nur das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“) konsequent umzusetzen, sondern zusätzlich

- den Wirkungsgrad der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu steigern,
 - in dem sie sich dafür einsetzt, die Arbeitsverwaltung konsequent auf effizientere Vermittlung auszurichten,
 - in dem sie qualifizierte Ausbildungsabschlüsse für Lernschwächere einrichtet,
 - in dem sie sich dafür einsetzt, Lohnersatz viel stärker durch Lohnergänzung zu ersetzen und
 - in dem besonders benachteiligte Menschen zielorientierter als bisher unterstützt,

- die Anreize für Unternehmen zu steigern, mehr Menschen zu beschäftigen, in dem sie sich unter anderem dafür einsetzt,
 - dass kleine und mittelständische Unternehmen in Zukunft einfacher und gerechter besteuert werden, damit sie gegenüber großen Unternehmen und im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig bleiben können,
 - dass Schwankungen im Finanzierungsbedarf der gesetzlichen Sozialversicherungen nicht direkt die Arbeitskosten verändern,
 - dass die gesetzlichen Bedingungen für Bildung von Eigenkapital in kleinen und mittelständischen Unternehmen und deren Versorgung mit Fremdkapital verbessert wird,
 - dass gut gemeinte arbeitsrechtliche Hindernisse gegen mehr Beschäftigung durch gute Regeln für mehr Beschäftigung ersetzt werden.

Begründung

Allein durch effizientere Verwaltung der Arbeitslosigkeit in Deutschland wird die Arbeitslosigkeit nicht sinken—vor allem nicht die Langzeitarbeitslosigkeit. Viele über lange Zeit arbeitslose Frauen und Männer werden nur dann eine Chance auf Erwerbsarbeit bekommen, wenn einerseits ihre Anreize steigen, Arbeit zu suchen und anzunehmen, andererseits die Anreize der Unternehmen steigen, mehr Menschen zu beschäftigen.

Deshalb wird ‚Hartz IV‘ alleine keine zusätzlichen Arbeitsplätze schaffen. Erheblich mehr zusätzliche Arbeitsplätze für arbeitslose Menschen werden in Deutschland erst entstehen, wenn es sich für Unternehmen stärker lohnt, mit Hilfe der Arbeit bisher arbeitsloser Menschen mehr Geld zu verdienen, als deren Arbeitsleistung insgesamt kostet.

Dr. Heiner Garg
und Fraktion